

# Gegen Aufrüstung und Wehrpflicht Zur Bedeutung der Kinder- und Jugendarbeit für die Friedensvorbereitung

„Der Krieg ist die Verneinung der menschlichen Vernunft.“ (Kinderrepublik „Solidarität“ in Draveil, 1932).

Kämpfe der Jugend gegen Krieg, Militarisierung und (Wieder-)Aufrüstung ziehen sich durch die Geschichte: In der Weimarer Republik kämpfte die **sozialistische Kinderfreunde** mit internationaler Solidarität und der Orientierung auf Gleichheit und Demokratie gegen Militarismus und für Völkerverständigung. Die **Freie Deutsche Jugend (FDJ)** im Westen mobilisierte gegen die Wiederaufrüstung der jungen Bundesrepublik und die damit verbundene Einführung der Wehrpflicht.

Die Jugend weiß, dass sie – wenn keine Gegenwehr geleistet wird – das Kanonenfutter von morgen zu werden droht und dass mit Kriegen keine Zukunft zu machen ist.

Auch heute spricht sich laut aktuellen Umfragen eine deutliche Mehrheit der jungen Menschen in diesem Land gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht aus (vgl. ZDF Polit-Barometer, 28.06.2025). Dagegen werden alt bekannte Feindbilder wieder aufgebaut und die Propagandamaschinen angeworfen, um insbesondere Jugendliche in armen Lebenslagen über das Versprechen von sozialer Sicherheit und einer sinnvollen Tätigkeit in den Kriegsdienst zu locken. Dies steht im Widerspruch zu dem Grundverständnis und -auftrag von Jugendarbeit und Jugendhilfe, dazu beizutragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen sowie gemeinschaftsfähige Persönlichkeiten zu bilden.

Die Vergrößerung „der Truppe“ stellt einen elementaren Bestandteil der gegenwärtigen Aufrüstung und Kriegsvorbereitung dar – Stichwort „Zeitenwende“: Von dem als „Sondervermögen“ beschönigten 100 Milliarden EUR-starken schuldenfinanzierten Schatten-

haushalt im Juni 2022 über die Anfang dieses Jahres durch den Bundestag gedruckte Änderung des Grundgesetzes zur Ermöglichung von unbeschränkter Aufrüstung jenseits der Schuldenbremse bis hin zur jüngsten NATO-Vereinbarung nach Donald Trumps Forderung 5% des Brutto-Inlandsprodukts (BIP) der Mitgliedsstaaten für Aufrüstung zu verwenden. Die Umsetzung dieser Vereinbarung würde für Deutschland bedeuten, dass 50 % des Bundeshaushalts für Kriegsvorbereitung ausgegeben würden. Diese Mittel fehlen für die Finanzierung der sozialen Infrastruktur

– dazu gehören Häuser der Jugend, Stadtteilzentren, Kitas, Schulen etc., also alles, was eine demokratische und emanzipatorische Vergesellschaftung ermöglicht.

Es soll das Motto „den Gürtel enger schnalzen“ gelten, denn – so Verteidigungsminister Boris Pistorius – „mit Sozialleistungen und mit Bildung lässt sich dieses Land nicht verteidigen“ (zeit.de, 21.05.25).

Dies wird gepaart mit einer Debatte um die Ausgrenzung bestimmter Gruppen, bei denen die Kürzungen zunächst vorgenommen werden sollen. Wenn das von uns hingenommen wird, sind die nächsten Bereiche der sozialen Infrastruktur dran.

Kriegstüchtig soll die Bevölkerung bis 2029 gemacht werden. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene spielen hierbei eine zentrale Rolle, denn ohne sie ist die Bundeswehr nicht zu füllen und Kriege nicht zu führen. Geht es nach Merz, Pistorius und Co, sollen die Erziehungs- und Bildungseinrichtungen wieder zum Soldatentum erziehen.

Da zu erwarten ist, dass sich die angestrebte Zahl von 260.000 Soldaten nicht durch Freiwillige erreichen lässt, wurde jüngst von der Bundesregierung das Wehrdienst-Modernisierungsgesetz auf den Weg gebracht und Kinder und Jugendliche verstärkt zu Adressat:innen der aggressiven Werbung der Bundeswehr



Kinderrepublik Draveil, 1932



gemacht. Neben den überall sichtbaren Werbetafeln geht die Bundeswehr in Uniform in Kitas, um die ganz Kleinen an den Soldaten zu gewöhnen, sponsort Busse für die Klassenfahrt und bietet für kleines Geld Kinderferienprogramme mit der Bundeswehr an. Alles um die Jugend vom Soldatentum zu überzeugen, sie in Gehorsamkeit zu üben und darin die vermeintlichen Interessen Deutschlands mit der Waffe durchzusetzen – „whatever it takes“ (Merz).

Konkret bedeutet das beabsichtigte Wehrdienst-Modernisierungsgesetz:

1. Alle jungen Männern des Geburtsjahrgangs 2008 sollen ab Januar 2026 einen Fragebogen verpflichtend ausfüllen. Wird dies verweigert, droht eine Bußgeldstrafe.
2. Die ärztliche Untersuchung auf Wehrdiensttauglichkeit, die sogenannte Musterung, soll ab dem 01. Juli 2027 für alle Männer ab Geburtsjahrgang 2008 verpflichtend werden.
3. Wenn die gewünschte Truppenstärke über freiwillige Rekruten nicht zustande kommt, soll der verpflichtende Wehrdienst eingeführt werden. Auf Grundlage der Fragebogen hat die Regierung zudem einen guten Überblick über die potentiellen Rekruten.

## Sag Nein!

*„Du. Mann auf dem Dorf und Mann in der Stadt. Wenn sie morgen kommen und dir den Gestellungsbefehl bringen, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!“*

(„Dann gibt es nur eins“, Wolfgang Borchert, 1947)

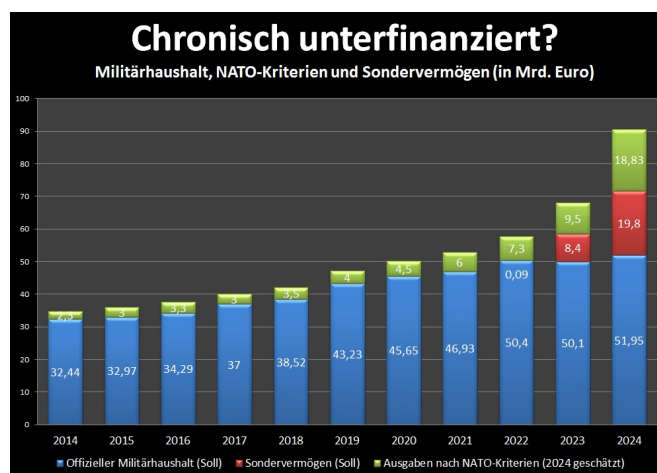
Es gilt also, wieder, weiter und neu NEIN zu sagen: zu Kriegen, zur Militarisation, zur Bundeswehr und zur Wehrpflicht sowie zu einem allgemeinen Zwangsdienst für alle jungen Menschen. Das Soldatentum ist kein Beruf wie jeder andere – es geht darum, zu töten und getötet zu werden. Lebenslange tiefe physische und psychische Verletzungen gehen regelmäßig damit einher.

## Kontakt und mitmachen:

[ag-kiju@die-linke-hamburg.de](mailto:ag-kiju@die-linke-hamburg.de)

Engagiert euch mit uns und kommt zu unseren monatlichen Sitzungen, jeden zweiten Donnerstag im Monat um 18:30 Uhr in der Landesgeschäftsstelle der LINKEN Hamburg. Schreibt uns gern eine Mail, wenn ihr die Einladungen erhalten wollt.

Den Aktiven und Fachkräften in der Sozialen Arbeit kommt eine besondere Verantwortung zu, dieses NEIN zu stärken und gemeinsam hervorzubringen: durch die Debatte und Infragestellung der Alternativlosigkeit dieser Entwicklung mit den Jugendlichen, durch Beratung über Wehrdienstverweigerung, das Ausloten und Nutzbarmachen der rechtlichen Lücken, durch gemeinsam erarbeitete Aktivitäten zivilen Ungehorsams, die Auseinandersetzung mit der Geschichte der friedensorientierten Jugendbewegung und Jugendarbeit und der Unterstützung von Selbstorganisation. So lässt sich gemeinsam der Frieden vorbereiten.



Informationsstelle Militarisation e.V.

## DIE LAG Kindheit und Jugend...

→ spricht sich klar und unmissverständlich gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht sowie jeglicher Formen von Ersatz- oder Zwangsdiensten aus.

→ steht ein für militärfreie und zivile Bildungseinrichtungen – keine Jugendoffiziere und keine Bundeswehrwerbung in Kitas, Schulen, Jugendarbeit und Hochschulen!

→ unterstützt den Protest gegen Militarisation, für Abrüstung, Deeskalation, Diplomatie und Frieden: den Aufbau von Beratung zur Kriegsdienstverweigerung, der politischen Qualifizierung der Fachkräfte und Veranstaltungen sowie Aktivitäten gegen Aufrüstung und Wehrpflicht in der Sozialen Arbeit.



LAG Kindheit  
und Jugend  
DIE LINKE Hamburg